

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

195 (22.8.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatlich 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M. vorauszahlbar.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Plakate billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 8 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Vorgänge im Osten und der Reichstag.

Karlsruhe, 22. Aug.

Die Vorgänge im Osten machen es notwendig, daß der Reichstag in irgend einer Form zur Mitwirkung herangezogen wird. Diese Erkenntnis dringt immer mehr durch. Allerdings heißt es neuerlich, daß es mit Polen keine so besondere Eile hätte, Oesterreich-Ungarn halte noch immer an der austropolnischen Lösung fest und trotz aller schönen Worte sei man der Lösung der polnischen Frage nicht näher gekommen. Es wäre, wie hier schon oft ausgeführt worden ist, durchaus wünschenswert, daß die polnische Frage sowie die Angelegenheiten der übrigen Randstaaten bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens schweben bleiben. Nun scheint statt der Vermunft der österreichische Eigensinn zu dem gleichen Ergebnis führen zu wollen.

Man kann dazu nur sagen: „Auch ganz gut.“ Vorausgesetzt, daß insolge dessen jede Ueberstürzung auch in den anderen Randstaaten vermieden wird. Wie Polen, so kann auch Finnland und Litauen des Herzens Drang nach einem eigenen Landesvater nach jähmen. Es sind heute andere Fragen des Friedens, die in den Vordergrund getreten sind. Sie betreffen die neuen deutsch-russischen Vereinbarungen, die nicht (wie die „Bosnische Zeitung“ jüngst irrtümlich behauptete) zur Revision, sondern zur Ausführung des Wiener Vertrags getroffen werden sollen und die, wie es heißt, unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen werden die Verträge einzelner Agentenrevolutionärer Randbestteile Russlands, für ihre Loslösungsbestrebungen die Hilfe des deutschen Reiches zu gewinnen, als gemüht ausichtslos beurteilt. Was der eigentliche Inhalt der Vereinbarungen ist, entzieht sich nach der allgemeinen Kenntnis, ebenso ist ungewiß, ob der Pakt von der Sowjetregierung unwiderrücklich angenommen wird oder ob weitere Verhandlungen kein Zutritt hinauschieben werden. Auf alle Fälle handelt es sich um so ernste Dinge, daß sich die Regierung nicht dem Vorwurf aussetzen kann, sie ohne jedes Vorwissen des Reichstags in Angriff genommen und durchgeführt zu haben.

Es ist nun interessant zu sehen, wie ein Teil der Presse, vor die Einberufung des Hauptauschusses entschieden bekämpft, immer wieder ankündigt, der Reichstagsler werde die Parteiführer zu sich berufen, um mit ihnen die Lage im Osten zu besprechen. Die Audienz beim Reichskanzler soll ein Mittel sein, um die Hauptauschussführung heranzuführen. Bei einem derartigen Empfang ist die Regierung den Abgeordneten gegenüber in der denkbar angenehmen Lage. Sie empfangt als Hausherr und sie führt das große Wort, die Abgeordneten sind Gäste, die gekommen sind um zu hören. Ein Kränchen von Parteiführern ist ein verfassungsrechtliches Nichts. Natürlich ist es den Herren nicht verwehrt, nach den Ausführungen des Reichskanzlers und sonstiger Regierungsvertreter als einzelne das Wort zu nehmen und ihre Meinung so deutlich wie möglich zu sagen — nun, geschieht ist damit gar nichts. Die Parteiführerkonferenz ist sozusagen eine bloße Privatgesellschaft ohne irgend ein Beschlußrecht. Die Vorgänge, die auf ihr spielen, bleiben geheim, die Öffentlichkeit muß sich mit einem offiziellen Wochenzettel abgeben lassen, auf dem von eingehender Aussprache und mehr oder minder weitgehender Uebereinstimmung in blütenreichen Rederwendungen zu lesen ist. Kurz und gut, die Parteiführerkonferenz ist die angenehmste Form für die Regierung, den Reichstag betanzeln, besonders dann, wenn sie bestimmte Gründe hat, den allzu grellen Sonnenchein zu meiden.

Der Hauptauschuss ist dagegen eine Körperlichkeit, die sich durch Gewohnheit eine gewisse verfassungsrechtliche Geltung erworben hat, er ist der verfeinerte Reichstag. Hier kann die Regierung nicht bloß von höflichen Gästen angehört, sondern auch von energischen Kritikern zur Rede gestellt werden, hier können Beschlüsse gefaßt werden, hier ist sogar ein gewisser Schein von Öffentlichkeit vorhanden, wenn auch die Berichterstattung über die Hauptauschussverhandlungen genug zu wünschen übrig läßt.

Man sieht also deutlich, um was es bei dem Streit „Parteiführerkonferenz oder Hauptauschuss“ geht. Im ersten Falle heißt alle Macht bei der Regierung, von einer Mitwirkung des Reichstags kann gar keine Rede sein. Im zweiten Fall ist der Reichstag durch seinen Hauptauschuss in die Lage versetzt, seinem Willen Geltung verschaffen zu können. Wenn also die Reichstagsmehrheit einen Willen hat und ihn zur Geltung bringen will, dann wird sie sich nicht mit einer Parteiführerkonferenz beim Reichskanzler begnügen, sondern sie wird die Einberufung des Hauptauschusses veranlassen. Die ist denn auch mit gemühter Wahrscheinlichkeit für die nächste Zeit zu erwarten.

Deutscher Tagesbericht.

Größtes Hauptquartier, Amtlich, 20. Aug.

Westlicher Kriegsjahresbericht.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Bei Neuf-Fe., Werbill und südlich der Oys schlugen die im Vorwärt-

unserer neuen Linien belassenen Infanterieabteilungen mehrfach englische Vorstöße und Teilangriffe zurück. Maschinen- und Artillerie fügten dem Feinde hierbei empfindliche Verluste zu. Infanteriegefechte beiderseits der Scarpe und nördlich der Ancre.

Heeresgruppe Voehn. Nordwestlich von Roye schlug eine seit dem 9. August am Brennpunkt des Kampfes stehende, aus Garde und niederländischen Heeresregimenten bestehende Division erneut starke Angriffe des Feindes ab. In eigenem Vorstoß in feindliche Linien machten sie Gefangene. Zwischen Ancre und Dize steigerte sich der Artilleriekampf am Nachmittag zu großer Stärke. Beiderseits von Graveaux nördlich und südlich von Lassigny und auf die Höhen südwestlich von Royon stieß der Feind mehrmals zu starken Angriffen vor. Sie brachen in unserem Feuer oder im Gegenstoß zusammen. Auf dem Schlachtfelde zwischen Ancre und Ancre wurden nach Meldung der Truppen seit dem 8. August bisher mehr als 500 feindliche Panzerwagen durch unsere Waffenwirkung zerstört.

Zwischen Dize und Aisne hat gestern der seit einigen Tagen erwartete, am 18. und 19. August durch starke Angriffe eingeleitete erneute Durchbruchversuch des Feindes begonnen. Nach stärkerer Feuerleistung griffen weiße und schwarze Panzer auf frühen Morgen in tiefer Gliederung, unterstützt durch zahlreiche Panzerwagen auf 25 Kilometer breiter Front an. Sie drangen stellenweise in unsere vorderen Linien ein. Gegen Mittag war der erste Ansturm des Feindes in unseren Infanteriekampfstellungen in der Linie Carlepoint und südlich von Verancourt-Bezayonne-Pommiers gebrochen. Kraftvoller Gegenangriff deutscher Jäger-Regimenter warf den vorübergehenden Durchbruch in die Richtung auf Biery zurück. Bis in die späten Abendstunden hinein setzte der Feind seine erbitterten Angriffe fort. Sie brachen an der ganzen Front im Feuer unserer Artillerie, teilweise in unseren Gegenstößen zusammen.

Die Durchbruchverluste des Feindes sind trotz rückwärtsgezogenen Kräfteeinhaltes und unter schwersten Verlusten am ersten Schicksal gescheitert.

Schlachtfelder hatten an der Abwehr der Angriffe wirksam Anteil. In nächstlichen Flügen griffen unsere Bombengeschwader den im Angriffsgebiet drückgebrängten Gegner in Ortlichkeiten, auf Bahnen und Straßen erfolgreich mit Bomben und Maschinengewehrfire an.

Der 1. Generalquartiermeister: Rüdendorf.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 21. Aug., abends. (Amtlich.)

In Flandern Teilkämpfe westlich des Kemmels. Nördlich der Ancre brachen starke auf breiter Front in Richtung Dapaume geführte Angriffe der Engländer unter schwersten Verlusten zusammen. Erneuter Durchbruchversuch der Franzosen zwischen Dize und Aisne ist gescheitert.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 21. August. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsjahresbericht: Bei Nervesa veruchteten italienische Erkundungsabteilungen am Ostufer der Piave Fuß zu fassen. Sie wurden aufgerieben. Sonst vielfach Artilleriekampf.

In Albanien keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabs.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 21. Aug. (W.B.) Amtlicher Heeresbericht von gestern: Palästina-Front: In vergangener Nacht griff der Engländer nach heftiger Feuerbereitung unsere Stellungen im Küstenabschnitt an. Starke Infanterie des Gegners, die unter dem Feuerschutz ihrer Artillerie gegen unsere Stellungen vorrückte, wurde nach langem anhaltendem blutigen Bajonett- und Handgranatenkampf restlos abgewiesen. Wir behaupteten überall unsere Stellungen. Bei den Kämpfen hat sich das Infanterieregiment 21 besonders hervorgetan. Die Verluste sind sehr hoch. Viele Tote liegen vor unseren Stellungen. Ein erneuter Angriff gegen Merdich-Kesfa wurde gleichfalls abgewiesen. Tagsüber heftiges Artilleriefeuer in den südlichen Grenzen.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

In der Nacht vom 19. auf den 20. August wurde Konstantinopel von feindlichen Fliegern angegriffen. Es wurde jedoch kein Schaden angedacht. Einige italienische Staatsangehörige wurden leicht verletzt.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 20. Aug. (W.B.) Amtlicher Bericht von gestern: Mazedonische Front: Im Cerna-Bogen und südlich von Suma war das feindliche Artilleriefeuer zeitweilig heftiger. Unsere Patrouillen setzten ein feindliches Munitionslager bei dem Dorfe Madaba in Brand. Westlich von Bardar war die Feuerleistung auf beiden Seiten ziemlich lebhaft. In der Ebene vor den Stellungen nördlich des Labino-Sees Patrouillengefechte.

Oesterreichisch-ungarisch-italienische Gefangenen-Konferenz. Bern, 21. August. (W.B. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschagentur wurden hier in Anwesenheit des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten Müller eine Konferenz über Kriegsgefangenenfragen mit den Vertretern Oesterreich-Ungarns und Italiens eröffnet.

Neue Versenkungen.

Berlin, 21. August. (W.B. Nicht amtlich.) Im östlichen Mittelmeer versenkten deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote 15 000 BRT. Schiffsräume.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kopenhagen, 21. August. (W.B. Nicht amtlich.) In Mitteilung des Ministeriums des Neuhern ist der dänische Motorjunker „Alta“ auf der Reise von Reykjavik nach Barcelona im Atlantischen Ozean versenkt worden. Der Schiffskoch verblieb an Bord des Schiffes und wurde von dem Unterseeboot aufgenommen und später einem Fischereifahrzeug übergeben. Fünf Mann der Besatzung, die das Schiff in einem Rettungsboot verlassen hatten, werden bisher vermisst.

Christiania, 21. August. (W.B. Nicht amtlich.) Die norwegische Admiralität teilt mit, daß der holländische Dampfer „Gasconier“, der im belgischen Dienst mit Mehl von New York nach Rotterdam unterwegs war, vorgestern 2 Uhr nachmittags bei Ustve auf eine Mine stieß, also nicht, wie gestern abend von „Ustve Posten“ unter der Ueberschrift „Letzte Schandtat“ gemeldet wurde, von einem deutschen U-Boot ohne Warnung torpediert wurde. Ein norwegisches Wachtschiff brachte die überlebende Besatzung von 27 Mann nach Haugefund. Sechs Mann kamen um, da das Schiff in Brand geriet und im Laufe von 25 Minuten sank.

Die Versenkung des französischen Panzerkreuzers.

Berlin, 20. August. (W.B. Amtlich.) Der nach feindlichen Meldungen versenkte französische Panzerkreuzer „Du Petit Thouars“ wurde durch eines unserer U-Boote am 7. August im Atlantischen Ozean versenkt, während es als Hilfserschiff einen starken Transport von Amerika nach Frankreich leitete.

Die Lage in Rußland.

Kämpfe an allen Fronten.

W.B. Moskau, 21. Aug. Nordfront Murman: Unsere Abteilungen besetzten im Vormarsch längs des Flusses Onega das Dorf Kurgajowo.

Südfront: In der Richtung nach Kanyichinsk wiesen wir einen Angriff des Gegners auf das Dorf Crebkowo ab.

Ostfront: Tschecho-Slowaken: Richtung auf Mapejewsk Zusammenstoß unserer Erkundungsabteilungen. Die 34 bis 35 Werst von Mapejewsk entfernte geprenzte Eisenbahnstrecke wurde von uns wieder hergestellt. In der Richtung nach Wjensk besetzten wir das Dorf Michlewo, das Dorf Krotolag und die Station Kornowitschische. Der Gegner zieht sich nach Kanyich zurück. Durch Beschädigung der Eisenbahngeleise wird die Verfolgung aufgehalten. In der Richtung auf Krosninski gingen wir nach hartnäckigem Kampf bis nach Klenowskaja zurück. Bei dem Dorfe Kirigischanskaja wird gekämpft. Im Gebiet von Kajan finden heftige Kämpfe statt, jedoch ohne sicheres Ergebnis. In der Richtung auf Simbirsk entwickelte sich ein Angriff des Gegners auf Kopylitsa, Wolosnikowka und Sophinowyrh. Wir entwickelten heftiges Artilleriefeuer auf Wyrh und das Eisenbahngeleise zwischen Wyrh und Kopylitschja und drangen bis zu der Station Wyrh vor.

Auf den übrigen Fronten keine Veränderung.

Erfolge der Bolschewiki-Truppen.

W.B. Kowno am Don, 21. August. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. — Der Stab der freiwilligen Armee teilt mit, die Bolschewiki sind bei den Gärten von Jekaterinodar zum Angriff vorgegangen und haben die freiwillige Armee nach Norden zurückgedrängt.

W.B. Woronezh, 21. August. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Laut Mitteilung des Kownower Korrespondenten der ukrainischen Zeitung besetzten sich die Sowjettruppen mit Hilfe der Flotte in Temrugul und vertrieben von dort die Kosaken, die sich nach der Station Tamanskaja zurückzogen.

W.B. London, 21. Aug. Neuter. Wie die „Daily Mail“ aus Tientsin erfährt, soll ein chinesisches Kontingent in der Nacht vom 17. auf den 18. August über Peking den Ausmarsch antreten, um sich in Wladiwostok mit dem Expeditionskorps zu vereinigen.

W.B. London, 21. Aug. Neuter. Der frühere Botchaftsrat von der Botchaft in Petersburg Lindley ist zum englischen Oberkommissar für das nordrussische Hauptquartier ernannt worden.

Staatssekretär Solf an Minister Balfour.

W.B. Berlin, 20. Aug. Bei dem Empfang in der Deutschen Gesellschaft hielt heute abend der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf eine Ansprache, in der er nach Betonung der Sicherstellung unserer kolonialen Zukunft nicht allein das Kriegsziel der Regierung, sondern auch des ganzen Volkes, weiter ausführte:

Meine Herren! Es liegt heute eine der bedeutendsten Aeußerungen der englischen Politik vor, die Rede des Herrn Balfour im Unterhaus. Der Staatssekretär des Auswärtigen meldet in aller Form Englands Anspruch auf Annexion unserer Kolonien an und zögert nicht, diesen Anspruch moralisch zu begründen. Balfour behauptet, das intellektuelle Deutschland sei von einer unmoralischen Gewaltlehre beherrscht. Meine Herren! Süden und drüben gibt es Chauvinisten und Jingos. Süden und drüben gibt es Leute, die das Ewig-Geistige anbeten und mit Angst und Unverständnis den herannahenden Morgen einer neuen Zeit erwarten. Vor dem Kriege bildeten diese Leute bei uns eine kleine Gruppe, ohne Geltung in der Politik, ohne Einfluß auf die Regierung, die sie dauernd bekämpften. Während des Krieges ist ihre Zahl in der Tat gewachsen; nicht etwa, weil das Streben nach deutscher Vorherrschaft in der Welt bei uns tiefer Wurzel geschlagen hätte, sondern weil sie Zugang bekamen aus weiten Kreisen besonnener und besorgter Patrioten. Wer trägt die Schuld? Niemand anders als die Gesinnung unserer Feinde, dieselbe Gesinnung, die den großen Gedanken eines Völkerbundes durch die gleichzeitige Forderung des Handelskrieges gegen Deutschland entwertet und zu einer Spottgeburt gemacht hat. Können wir auch nicht militärisch vernichten, so vernichten wir euch durch den Völkerbund! Wenn ich glaubte, daß die Gesinnung, die heute in England zu regieren scheint und die aus der Rede Balfours deutlich spricht, aber die Gesinnung, die uns aus dem Proseß Pemberton Billings entgegentritt, wenn ich glauben müßte, daß diese Gesinnung für alle Ewigkeit die Oberhand in England hätte, dann würde auch ich dafür eintreten, daß der Kampf auf Leben und Tod ausgefochten werden muß. Ich bin aber der festen Ueberzeugung, daß vor dem Kriegsende überall eine geistige Auflehnung gegen diese Knod-out-Gesinnung kommen muß und kommen wird. Sonst bleibt die Verwirklichung der Völkerliga ein utopisches Kriegsziel.

Ich wende mich jetzt zu einzelnen Punkten der Rede des Herrn Balfour. Balfour spricht zuerst von Belgien.

Der Herr Reichskanzler hat im vorigen Monat im Reichstag für jeden, der es hören wollte, erklärt, „daß wir nicht beabsichtigen, Belgien in irgend einer Form zu behalten.“ Belgien solle nach dem Kriege als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, wiedererstehen.

Meine Herren! Der Wiederherstellung Belgiens steht nichts im Wege als der Kriegswille unserer Feinde. Eine wie geringe Rolle heute aber die Rücksicht auf Belgien in den Rechnungen der Entente spielt, zeigt am deutlichsten ein Zitat aus der amerikanischen Presse, das Englands Propaganda-Minister Lord Northcliffe in einem seiner Blätter mit begeisterter Zustimmung abdruckt. Die „New Yorker Times“ schreibt: „Deutschlands Veteuerung, daß es nicht die Absicht habe, Belgien zu behalten, hat weder Interesse noch Wert. Die Alliierten werden Deutschland aus Belgien und Frankreich vertreiben.“ Hierzu sagt Lord Northcliffe („Evening News“ vom 16. Juli 1918): Wir sind hoch erfreut, eine so klare und klingende Stimme aus Amerika zu vernahmen. So soll man sprechen: Deutschland soll vernichtet werden im Sinne der „New York Times“. Wir meinen, vernichtet durch eine blutige und absolut unheilvolle Niederlage auf dem Schlachtfeld, so daß von Deutschland nichts übrig bleibt als die Knochen seiner toten Soldaten. In Frankreich und Belgien gibt es keinen anderen Weg.“ So sprechen die Beschützer, die um Belgiens Willen das Schwert ergriffen haben.

Die zweite Anklage Balfours geht gegen unsere Ostpolitik.

Wie es vor 100 Jahren in Baden ansah.

Die Zeit nach den napoleonischen Kriegen glich der heutigen in vielen Punkten fast aufs Haar. Baden war bald Seerstraße, bald Kriegslager gewesen; die lange Kriegszeit hatte seine Bevölkerung finanziell, physisch und moralisch erschöpft. Staats- und Gemeindefinanzen waren leer und überall stieß man auf Not, Elend und andere Kriegsbegleitererscheinungen. Zu allem Unglück mihriet in den Jahren 1816 und 1817 die Ernte vollständig; es fehlte — wie heute — an Brot, an Kartoffeln, an sonstigem Gchbaren und es war sicherlich nicht übertrieben, wenn in der ersten Sitzung der Kammer der Landstände der Abg. Fecht am 17. Mai 1819 ausrief: Das badische Volk lernt das Brot nur noch im Vaterlande kennen! Wenn die Menschheit aus der Geschichte etwas lernen wollte oder lernen könnte, dann hätte sie nach den napoleonischen Kriegen Zeit dazu gehabt. Sie war in der Lage, täglich Anschauungsunterricht zu empfangen. Wir sind auf dem offenen, geraden Wege zur gänzlichen Verarmung, bekante ganz freimütig auch der Abg. v. Liebenstein in der Zweiten Kammer. Die Bauern und Handwerker waren in eine solche Schuldenlast geraten, daß sie den Geldausleihern und Wucherern 20, 30 und mehr Prozente boten, um Geld von ihnen zu erhalten. Natürlich wurden die Prozente schon im voraus vom Kapital abgezogen. Dieser Mordhand war in fast allen badischen Gemeinden zu konstataren und es war begreiflich, daß er im badischen Landtag das gebührende Echo fand. Wie dies sich geltend machte, erzählt Leonhard Müller in seinem ersten Teil der Badischen Landtagsgeschichte, dem wir wertvolle Aufschlüsse über die sozialen Gebrechen der damaligen Zeit verdanken. Er berichtet wie folgt:

Die Not der Zeiten zog auch „den Sohn des Mühsigganges und der Arbeitsscheu“ groß. Besonders wurde der Obenwald und die Gegend zwischen Freiburg und Konstanz von Vagabunden heimgesucht. Hier hatten, begünstigt von den Gebirgsschluchten, den zerstreut liegenden Höfen, den vielen kleinen Territorien, die Herren der Gammern ihr Unwesen am hellen Tage getrieben, einander sogar blutige Gefechte geliefert und mehr als einmal den Kreistagen zu

Ich antworte ihm darauf: Der Friede von West-Balkan kam zustande auf Grund der einen großen Uebereinstimmung zwischen der russischen und der deutschen Regierung, daß die Jahrhunderte lange unterdrückten Fremdböller Rußlands das von ihnen erstrebte nationale Eigendasein erhalten sollten. Diese Uebereinstimmung über das Schicksal der Randvölker ist eine weitbedeutende Tatsache, die sich aus der Geschichte nicht mehr auslöschen läßt. Nicht über das Ziel, wohl aber über die Methoden und über die Wege, die zu dem Eigendasein der Völker führen sollten, gingen die russische und die deutsche Auffassung auseinander. Unsere Auffassung ist nach wie vor die, daß der Weg zur Freiheit nicht über Anarchie und Massenmord führen darf. Der West-Balkan-Friede ist ein Mahnen, das Bild, das darin entstehen wird, ist erst in seinem ersten Anlaufung auseinander. Unsere Auffassung ist nach wie vor die, daß der Weg zur Freiheit nicht über Anarchie und Massenmord führen darf. Der West-Balkan-Friede ist ein Mahnen, das Bild, das darin entstehen wird, ist erst in seinem ersten Anlaufung auseinander. Unsere Auffassung ist nach wie vor die, daß der Weg zur Freiheit nicht über Anarchie und Massenmord führen darf.

Meine Herren! England hat das Recht verdrückt, moralisch für die russischen Randstaaten in die Schranken zu treten. In ihrer namenlosen Leidenschaft während des Krieges haben sie sich einmal über das andere an England um Unterstützung ihrer Sache gewandt. Sie ist ihnen ständig verpflichtet geblieben. Es gab eine Zeit, in der England das zaristische Rußland härter bekämpfte als irgend eine andere Nation. Als aber während des Krieges das zaristische Rußland in eigenem Lande unterdrückte, raubte und mordete, hat England geschwiegen. Ja, mehr als das, es hat den russischen Tatbestand vor der Welt beschönigt und gefälscht, und so mordete Rußland auf Englands moralischer Unterstützung mit einer unerhörten, durch das Gewissen der Welt nicht gebremsten Schwungkraft. Der Fehler darf nicht Richter sein. Das

Problem der Fremdböller.

ja das ganze russische Problem wird von England ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Gleichrichtung des englischen Krieges betrachtet. Jede Verfassung ist England recht, die Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält, und würde Jwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu einem neuen Kampfe zusammenzuwerfen, so würde er den Engländern ein willkommener Bundesgenosse in dem „Kreuzzuge für die Freiheit und das Recht sein.“ Kann aber Rußland keinen Krieg mehr führen, dann wenigstens einen Bürgerkrieg, damit seine Ruhe an Deutschlands Diktator entstehen kann. Die Anerkennung der Tschecho-Slovaken, dieser landlosen Räuberbanden, als verbündete Macht ist der logische Schlußstein der eigentümlichen Form der englischen Außenpolitik. Die wirtschaftliche Notlage der von uns besetzten Gebiete ist ohne Zweifel schwer, aber es ist ein Zynismus in englischen Munde, davon bedauernd zu reden, denn Englands Hungerblockade richtet sich gegen die besetzten Gebiete ebenso wie sie sich gegen uns richtet, gegen die Neutralen und gegen die ganze Welt.

Balfour bepricht unter Verhältnis zu jedem einzelnen dieser Randstaaten. An die erste Stelle legt er die Behauptung, die deutsche Intervention in Finnland hätte bewirkt, Finnland in deutsche Abhängigkeit zu bringen, mit anderen Worten ein deutsches Portugal zu schaffen. Welche unerhörte Gerächwürdigung des finnischen Unabhängigkeitskampfes, der seit Jahrzehnten alle Freunde der kleinen Nationen begeistert hat. Aber Finnland hat, wie es scheint, alle Sympathien in England verloren, seit es sich durch das englische Vorgehen in Nordrußland bedroht fühlt und von der Verbindung mit der eisernen Murrenfront nicht abgeschnitten werden will.

Ueber unser Verhältnis zu den Ostseeeprovinzen, zu Polen und zu der Ukraine erhebt Balfour eine ungeheuerliche Beschuldigung. Wir seien mit diesen Ländern verfahren, sogar vor kurz, wie England mit Griechenland, d. h. wir hätten sie zum aktiven Heeresdienst gegen Deutschlands Feinde gepreßt. Kein einziger Soldat ist zum Heeresdienst aus diesen Ländern für Deutschlands Sache gewonnen worden.

Weiter, meine Herren, Balfours Anklage gegen die deutsch-rumänische Politik. Hier ist England in der Rolle des Diebes, der da ruf: „Haltet den Dieb!“ Aber das Gedächtnis der Welt ist nicht ganz so kurz. Wer hat Ru-

mänien von seiner gefunden Tradition abgezogen? Glaubt Herr Balfour nicht, daß Rumäniens Schicksal besser gewesen wäre, wenn seine Regierung an ihrer Neutralität festgehalten hätte.

Ich komme nun zu dem, was Balfour über die Kolonien sagt und führe ihn wörtlich an: „Wir haben unser Gebiet ausgedehnt. Wir haben Deutschlands Kolonien genommen und ich glaube nicht, daß jemand, der die deutschen kolonialen Methoden wirklich studiert hat, übertraut sein wird, wenn wir sagen, daß die Verräterung groß ist.“ Dann fährt er fort: „Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschland die Unterjochung auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Weltmarkt zur Verfügung stellen? Die deutsche Herrschaft in den Kolonien würde eine tyrannische Herrschaft über die Eingeborenen bedeuten und die Aufstellung großer schwarzer Armeen in Mittelafrika.“

Meine Herren! Das heißt mit anderen Worten, England erobert ein Land und behauptet, es besser regieren zu können als sein rechtmäßiger Besitzer und leitet daraus den Anspruch ab, es zu annektieren. Mit dieser Argumentation könnte man eine englische Monroe-Doktrin für die Welt erklären. Ich möchte die folgenden Fragen stellen: Weiß der englische Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nichts von der Dezimierung der farbigen Bevölkerung in den verschiedenen Kolonien Afrikas durch das Vorgehen der Entente, nichts von dem im Unterbaue zugegebenen Brauungsabgaben in Britisch-Nordafrika, nichts von den riesigen Arbeiter- und Soldatenheeren aus den englischen und französischen Kolonien? Soll er sich bei seinem Kollegen vom englischen Kolonialamt erkundigt, was es bedeutet, mit Eingeborenen gegen Eingeborenen Krieg zu führen? Hat er eine Ahnung von dem unermesslichen Schaden für die koloniale Sendung aller Kulturvölker, der daraus entstehen muß, daß man Schwarze in einem Kampfe gegen Weiße verwendet und sie nach Europa bringt? Zweifelt Herr Balfour ernstlich daran, daß das Schicksal Afrikas besser gewesen wäre, wenn England die Kongoakte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß Deutschland die einzige kriegsführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat. Ist Herr Balfour heute bereit, das gleiche für England zu versprechen und mit französischen Methoden und Churchillschen Plänen einigilich zu werden? Meine Herren! Ich erwarte keine Antwort auf diese Fragen.

Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Uebergewicht. Wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir wünschen die Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll, und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anderwärts farbigen Völkern zu beschließen. Die wirtschaftliche Tätigkeit allein ist kein genügender Rechtsmittel, kolonisieren heißt missionieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln beabsichtigt waren, die Menschheit auch in den Farblagen zu achten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, eine Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hat sich Deutschland vor dem Kriege erworben.

Am Schluß der Rede des englischen Staatsministers des Auswärtigen steht der Satz, der Abgrund zwischen den Zentralmächten und den Alliierten sei so tief, daß er nicht überbrückt werden könne. Herr Balfour kann weitergehen und für sich in Anspruch nehmen, daß er diesen Abgrund nicht verkennt hat. Die Gefinnung des Ausrottungskrieges zu erhalten, das ist der Zweck solcher Reden wie die Herrn Balfours. Irgegend muß doch einmal zwischen Volk und Volk so etwas aufsteigen wie die Regierung von Vertrauen, irgegend muß sich die vorwärtliche menschliche Natur aufbäumen gegen jene Zerleße des Hasses, die in ihr die tiefsterne Gemeinamkeit der Menschen zu ersticken droht. Die Reaktion fürchtet Balfour, und das ist es gerade, warum er seine Anklage nicht allein gegen die deutsche Regierung richtet, sondern gegen das deutsche Volk selbst und sein eigenes Wesen.

Meine Herren! Die psychologische Situation, aus der heraus der britische Staatsmann handelt, ist klar: die Feinde wollen

Verwaltung formell nicht so scharf abgetrennt waren, wie wir das — glücklicherweise — seit dem Bestehen des Deutschen Reiches zu verzeichnen haben.

Recht drastisch tritt dieses Bild der damaligen Zeit vor unsere Augen, wenn wir den Bericht über die Kammerfassung nachlesen, in welcher über den Antrag Biegler, die Abschaffung der körperlichen Züchtigung in bürgerlichen und polizeilichen Strafjahren betr., verhandelt wurde. Es war landesüblich, daß „ledige Burche“ und „andere läderliche Personen“ mit dem Stocke oder dem Ochsenziemer bestraft wurden. In dieser Sitzung führte der Abg. Oberamtmann Seyfried aus, daß die Arreststrafe bei den niederen Volksklassen nicht ausreichend sei. Leute von Stand dürften natürlich nicht geprügelt werden. Mit seinem Sarkasmus antwortete der fortwirkliche Abgeordnete von Emmendingen, der Lehrer Oberamtmann v. Liebenstein:

Um diese Sätze zu rechtfertigen, müsse der Redner vorher das Volk in zwei Teile teilen, nämlich in solche, die geprügelt werden dürfen, und solche, die nicht geprügelt werden dürfen. Nach der Konstitution seien aber alle Boden vor dem Gesetz gleich, und es müßten entweder alle geprügelt werden dürfen oder keine.

So ungefähr war vor 100 Jahren in Baden die Rechtsgleichheit beschaffen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Eingegangene Zeitungen. Nach einer vom Staatssekretär des Reichskolonialamts im März 1918 gemachten und jetzt veröffentlichten Mitteilung haben von den in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften seit dem Ausbruch des Krieges 187 erschienen eingetieft darunter 539 Blätter politischen Inhalts, vorübergehend 1380, darunter 350 politische, zusammen 3772 Zeitungen, darunter 898 Blätter politischen Inhalts. Dem Rückgang steht ein Zuwachs von 1765 Blättern, darunter 446 politischen, gegenüber. Bei insgesamt etwa 9000 deutschen Zeitungen und Zeitschriften sind also bei über einem Drittel Veränderungen eingetreten. Im übrigen zeigen diese Zahlen deutlich die Notlage des Zeitungsgewerbes.

Nach ein... wasser wie... Rumäniens... der militä... heimgeziele... beiverträge... heute wöde... Aus die... Wir müße... an das deut... ihre Kräfte... hantieren, wie... weitere Sch... gefühlsmäßig... den des Ver... mit alle... einer Völk... die Grundla... Herral? J... denbar groß... müßen uns... bittieren las... wäiden! M... so macham... heute gegen... ren, dann h... Meine S... und Mierche... Gewissen... Namen, wed... nen regt sich... freie nur ge... zum... den. Wie v... die Wirkam... neuen Krieg... Sie erparen... sie für ihre... nationale M... Ehrenpflicht... Meine S... gen. Unter... innen steht... und unter... allen Länder... werden verl... denen das O... haben, daß a... Cnal eine l... und Entfen... aber den gut... gung dieser... ihn hinaus...

W.B. B... Reichskanzler... Auswärtigen... zu einer me... nndst die de... Friedensschlu... Die Wehrbe... auch nach den... gen mit Auf... tags abgehe... wärtigen An... Ausfunst ü... mife der Ver... ungarischer... Polens im C...

Der „Bo... eine Stunde... ungeschwächte... der nach W... mache, heißt... einem Frie... drien und... lungen und... der die Unbe... lungsfreier... Feinde n... logt die Kam... Der au... die allgeme... Austausch... Stellung der... dem deutich... Magen... anberfä... fören! M... Nach einmal... Volkes, das... jede Kriegs... länger fort... dauenden...

Der „Bo... cher auch... ihm, so schlie... Entwicklung... Aufstiege hem... heute große... im Kampf u... fimmung ver... bert, feierlich... kreime der... ändigt zu... zum Sandlan...

W.B. B... gung des d... schreibt das...

Keinen Frieden durch Verhandlungen.

Nach einmal geht eine Welle des Uebermutes durch ihre... nach dem Eintritt Italiens, wie nach dem Eintritt...

Wir müssen die Valsourische Rede hinnehmen als einen Aufruf... das deutsche Volk, im fünften Kriegsjahr von neuem alle...

Meine Herren! In allen Ländern gibt es heute Gruppen... und Menschen, die man als Zentren des europäischen...

Meine Herren! Das alles sind brennende Menschheitsfragen... unter ihnen steht die Stimmung von Millionen, hinter...

Deutsches Reich.

Die Fraktionsführer bei Herrn v. Bamer.

W.B. Berlin, 21. Aug. (Amtlich.) Der Stellvertreter des... Reichstags hat heute im Beisein des Staatssekretärs des...

Eine Kundgebung.

Der „Volkshund für Freiheit und Vaterland“ veröffentlicht... eine Kundgebung, in welcher es nach einem Hinweis auf den...

Der auf Recht und Gerechtigkeit gegründete Völkerverbund... die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie...

Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese... anderwärts die Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beachten!

Der „Volkshund für Freiheit und Vaterland“ wendet sich... aber auch „gegen die inneren Feinde unseres Volkes. Sie...

W.B. Bern, 17. Aug. (Nicht amtlich.) Zu der Kundgebung... des deutschen Volkshundes für Freiheit und Vaterland...

nicht unberücksichtigt lassen. In ihr sei der Beweis enthalten... daß die Fortdauer des Krieges vom deutschen Volke nicht ge...

Schwerindustrie und Presse.

Im „Weltmarkt“ veröffentlicht der hannoversche Handels... kammerpräsident Dr. Rode einen Aufsatz zur Verteidigung...

So ist auch in einem Teil der deutschen Presse der Zwie... spalt hervorgetreten, der vorhin festgestellt wurde: der A...

tennen, war vor ein paar Jahren einige Wochen lang eine... Verharmlichtung. In einer Generalversammlung des Zentral...

Ein Protest der Zentrumswähler von Koblenz-St. Goar... Die Wähler des gegen den offiziellen Zentrumskandidaten...

Soziale Rundschau.

Wieder ein Generalkommando gegen die Mietsteigerungen!

Der stellvertretende kommandierende General des 9. A... meekorps erläßt auf Grund des Gesetzes über den Belage...

Die Kündigung einer Mietwohnung ist nur zulässig... wenn der Mieter mit der Kündigung einverstanden ist...

Ohne Genehmigung des Mieteinigungsamtes dürfen... Kündigungen, die die Räumung einer Mietwohnung...

Im Anschluß an diesen Erlaß sei wieder die Frage aufgeworfen... was gebietet man dem eigentlichen Vaden nun gegen die...

den Bevölkerung nach Hilfe, monatlich schon, aber nichts... gefächelt.

Gemeinnützige Möbelbeschaffung.

Zu der vom „Badischen Landesrechnungsberein“ im Ständehaus... in Karlsruhe veranstalteten Wohnungskonferenz legte der...

für unsere Soldaten.

Die Wiederverwendung von Kriegsbeschädigten.

Ueber die Wiederverwendung von Kriegsbeschädigten heißt... es in einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums...

Die Wünsche der Kriegsbeschädigten. In einer öffentlichen... Versammlung der Ortsgruppe Mainz sprach Wilhelm Carle...

Bewerkschaftliches.

Ein Mahnruf zur Geschlossenheit.

Daß der Bruderzwist innerhalb der Sozialdemokratie auch... in größerem Maßstabe in die Gewerkschaftsbewegung zu über...

Aber gerade, weil die Zukunft die Gewerkschaftsbewegung... vor so folgenschwere Entschlüsse und Aufgaben stellen wird...

Von diesen Gedanken ist auch ein „Politik ist Privatkunde“... überliefertes Mahnmotiv geleitet, das die „Dachdecker-Zei...

einer an Schlagkraft gelähmten Organisation gegenüber der lachende Dritte. „Wenn die Politik, die rechts und links getrieben wird, nicht zulässt, der spricht sich in seinem Parteiverein aus, dort ist die Stelle, nicht aber unsere Versammlung, unser Blatt oder gar unsere Konferenzen.“

Mit Recht wird in dem Mahnruf zum Ausdruck gebracht, daß bisher nicht danach gefragt worden sei, was jedes Verbandsmitglied politisch denke oder tue, das sei seine Privatsache und habe mit den Bestrebungen des Verbandes nicht das geringste zu tun. Gefragt werde nur, ob es gewillt sei, für Verbesserung der Löhne, kürzere Arbeitszeit, Steigerung der Lebensansprüche kultureller Art, für Bildung, für Solidarität einzutreten, ob es sich im übrigen dem Statut unterwerfe. Der Mahnruf schließt: „Für die Mäckeren unter uns mag diese Zurückhaltung oft hart sein, wir können es nicht fassen, daß es so weit kommen mußte, diesen Mahnruf auszusprechen. Doch es muß sein! Höher als alles muß uns die Geschlossenheit der Gewerkschaften bleiben, sie haben gewaltige Aufgaben zu lösen. Das ist unser Weg!“

Teuerungszulagen für die Holzarbeiter.

Nürnberg, 21. August (W.V. Nicht amtlich.) Am 19. August sind hier Vertreter des Arbeiter-Schulverbandes für das deutsche Holzgewerbe, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands und des deutschen Holzarbeiterverbandes sowie der Gewerkschaften der Holzarbeiter zusammengetreten, um neue Teuerungszulagen für die Arbeiter festzusetzen. Nach dreitägigen Verhandlungen ist vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Generalversammlung folgende Vereinbarung zustande gekommen: Alle Arbeiter erhalten sofort eine Lohnzulage von 10—15 Pfg. und ab 1. Dezember eine weitere Zulage von 10 Pfg. für die Stunde. Für die Arbeiterinnen beträgt die Zulage 5—7 Pfg. sofort und weitere 5 Pfg. ab 1. Dezember. Die Vereinbarung gilt bis zum 1. April 1919.

Der Landtag zur Bier- und Einkommensteuer.

* Karlsruhe, 21. August.

Nach siebenwöchiger Pause trat heute der Landtag zu seiner Schlußtagung zusammen. Die Abgeordneten waren, auch mit Rücksicht auf die morgige Verfassungsjahr, ziemlich zahlreich erschienen. Die Redelust war aber zunächst nicht groß. Nach der Vornahme der Bereinigung des neuwahlgewählten Abgeordneten Weismann, der an Stelle unseres umverleglichen Nols im Wahlkreis Karlsruhe-Weißbad gewählt worden ist, und Bekanntgabe einer Anzahl Eingänge erledigte die Kammer als ersten Punkt der Tagesordnung die Neuordnung der badischen Einkommensteuer. Gegenüber der Regierungsvorlage ergab die Budgetkommission wenigstens eine Milderung der Einkommen von 2400 Mk. bis 4200 Mk., sie sollen künftig nur mit 5 Proz. herangezogen werden, während der Regierungsvorwurf zwar alle Einkommen bis zu 2400 Mk. freilassen, von da ab aber sofort eine Belastung von 10 Proz. bis zu einem Einkommen von 6000 Mk. vornehmen wollte.

Wesentlich ist auch die schärfere Präzisierung des sog. Kinder-Paragrafen im badischen Einkommensteuergesetz. Die Regierung akzeptierte die diesbezügliche Resolution der Budgetkommission und versprach durch den Finanzminister Dr. Rheinboldt, dem nächsten Landtag eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Bis dahin erhalten die Steuerkommissäre Anweisung, schon jetzt im Geiste dieses Kinderparagrafen die Einkünfte kinderreicher Steuerzahler vorzunehmen. Auch durch die Presse sollte die nötige Aufklärung verbreitet werden. Bemerkenswert war, daß der Finanzminister erklärte, in völkervertraglicher Beziehung treue er sich, daß auch in Baden von den Wohlthäten des Kinderparagrafen immer stärker Gebrauch gemacht werde.

Aus dem Hause sprachen nach den Ausführungen des Berichterstatters Seubert und des Finanzministers nur die Abg. Gen. Stodinger und Neuhaus vom Zentrum. Eine Sitzung, wie die heutige, die sich ausschließlich mit der Beschaffung neuer Steuern befaßt, ist ja an sich der beste Anhaltspunkt für die furchtbaren Auswirkungen des Krieges auf die Finanzen der Einzelstaaten. Auf diesen Gedanken hatte Stodinger seine kurze, aber eindrucksvolle Rede auf, die die volle Aufmerksamkeit des Hauses fand. Er rief den Schwelger Tabakfabrikanten Neuhaus etwas temperamentvoll auf den Plan, dem es anscheinend davor bangte, daß wir in Bezug auf die Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen „zu englischen Zuständen“ kommen. Er meinte, weit davon seien wir in Deutschland nicht mehr. Das stimmt nun nicht. Die englische Regierung hat von vornherein die Besteuerung der Kriegsgewinner in viel höherem Maße und gleich bei Kriegsbeginn durchgeführt. Gätte man sie in Deutschland nachgeahmt, dann wäre man wahrlich nicht von der ganzen Kategorie der schlimmen Verbrauchssteuern, wie sie jüngst der Reichstag beschlossen hat, verschont geblieben.

Die Nationalliberalen und Fortschrittler verzichteten auf die Darlegung ihres Standpunktes. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen; ebenso die Vorlage über die neue Gemeindebesteuerung.

Bei der Beratung der badischen Biersteuer wehrte sich der Finanzminister erst nach dem gründlichen Berichte, den Abg. Dietrich erstattete, recht energisch gegen die hinauschiebung des Termins, zu welchem das neue Gesetz in Kraft treten soll. Die Kommission hatte den 1. April 1919 beschlossen, der Finanzminister ersuchte aber dringend, „das Geld in diesem Halbjahr nicht auf der Straße liegen zu lassen“ und die Vorlage, die von der Regierung vorgelegt, am 1. Oktober 1918 zum Gesetz zu machen.

Dem traten alle Redner aus dem Hause entgegen; die beiden Brauereibesitzer Weichaupt und Gerbster, ebenso unser Genosse Geiß. Weichaupt nahm anfangs seiner Ausführungen den Finanzminister etwas idios auf Korn, vermochte sich aber im Laufe der Rede nicht mehr die volle Aufmerksamkeit zu sichern. Gerbster schloß sich im wesentlichen an, während Geiß im Namen der Wirte und dann vor allem im Auftrage der Konsumenten sich heftig gegen die neue Belastung der Biertrinker wandte.

In der Nachmittags-Sitzung

legte Gen. Geiß seine berechtigte Kritik der neuen Biersteuer fort. Als er dem standhaften Weinbauer, der auch in Baden seine üppigen Blüten treibt, recht energisch auf den Leib rücht und die Regierung eindringlich bat, doch endlich Weinböck freize setzen, zeigte es sich, daß er auch den Vertretern der anderen Parteien aus dem Herzen gesprochen, denn es ergab sich: Sehr richtig! von allen Wänden des Hauses.

Dann kam es überflüssigerweise zu einem etwas erregten Zusammenstoß zwischen unserem Gen. Stodinger einerseits und den Herren Dr. Schofer und Reimann andererseits. Stodinger hatte sich dagegen verwahrt, daß Dr. Schofer die sozialdemokratischen Anträge, die noch gar nicht begründet waren, bereits in der Generaldebatte ablehnte. Unser Redner meinte, er habe den Eindruck, man lehne die Anträge ab, weil sie von Sozialdemokraten kämen. Das brachte Dr. Schofer stark in Erregung und er drohte: Wir werden uns doch merken! Selbstmitleidig schied er sich. Abg. Reimann, der unter anderem erklärte, ihm keine, die sozialdemokratischen Anträge seien nur des agitatorischen Charakters wegen eingebracht. Das ist nun unzulässig eine recht abgegriffene Redensart, denn sämtliche Parteien bewegen sich mit inneren Antrieben auch einen agitatorischen Zweck für die politischen oder wirtschaftlichen Ziele der eigenen Partei.

So vollzog sich die Auseinandersetzung in der Form mit dem Endergebnis, daß eben die sozialdemokratischen Anträge, die Stodinger begehrt hatte, nicht angenommen wurden. Dieses Scheitern erklärt auch die Anwesenheit in Karlsruhe, das Biersteuergesetz bereits am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen.

Auch unsere Fraktion trat für den 1. April 1919 ein, um die Bierkonsumenten wenigstens noch auf ein weiteres halbes Jahr mit der neuen Belastung zu versehen. Das Gesetz im ganzen wurde mit 50 gegen 10 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Nach einem kurzen Bericht des Abg. Köhler über die Denkschrift zum Branntweinmonopol schloß die Sitzung, die sich bis 1/8 Uhr ausgezehrt hatte.

Der Beratungsstoff war erledigt; die Abgeordneten können, wenn sie der Verfassungskonferenz den Tribut gezollt, Karlsruhe wieder verlassen, da der Landtag nunmehr geschlossen wird.

Zweite Kammer. — 71. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnete um 110 Uhr mit kurzen Worten der Begrüßung an die Abgeordneten die Sitzung. — Das neue Mitglied der Zweiten Kammer, Abg. Weismann (Soz.), wird vereidigt.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.) erstattete hiernach namens des Wahlprüfungsausschusses Bericht über die Wahl des Abg. Weismann im 48. Wahlkreis (Stadt Karlsruhe). Die Wahl wird für gültig erklärt.

Zuschläge zur Einkommensteuer.

Zu dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf über die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer machte Finanzminister Dr. Rheinboldt folgende Ausführungen: Der Krieg hat unsere Ausgaben gewaltig gesteigert und die Steigerung wird anhalten. Eine große Zahl schwerer Aufgaben steht uns bevor, deren Lösung große Mittel in Anspruch nehmen wird. Ich ermahne Sie daran, daß wir für dauernde Teuerungszulagen an Beamte und Arbeiter über 60 Millionen jährlich ausgeben und daneben für einmalige Zulagen bisher rund 12 Millionen ausgegeben haben. Für die Mittelstandskategorie wurde 1 Million und für das Wohnungswesen wurden 900 000 Mk. bereits zur Verfügung gestellt. Weiter haben wir bedeutende Aufwendungen durch die Beiträge für die Kriegsaufwendungen der Gemeinden. Alle diese Ausgaben haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Und wie sich unsere alten Staatsaufgaben noch bewältigen lassen werden, läßt sich heute noch nicht annähernd übersehen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß wir mit einer günstigen Entwicklung unserer direkten Steuern rechnen können. Die Veranlagung für das Jahr 1918 hat ein Mehr von 12 Millionen Mark ergeben. Demgegenüber steht ein festes Zurückgehen der indirekten Steuern und der Zölle, und Verluste. Wie sich die Einnahmen aus Forsten, Domänen, Salinen und aus der Staatsbrauerei gestalten werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Lebensfälle können wir sichere Hoffnungen auf eine nennenswerte Mehreinnahme daraus nicht bauen. Für die Deckung des Defizits sind wir auf unsere direkten Steuern angewiesen. Die Zuschläge zur Einkommensteuer sind noch weiter ausbaufähig. Dabei muß aber betont werden, daß ich eine dauernde Beteiligung des Reichs an den direkten Steuern nicht für angängig erachte; das muß zu verhindern gesucht werden. Meine Ausführungen über die Finanzlage der badischen Eisenbahnen, die ich gestern im Ausschuss gemacht habe, sind in den Blättern nicht ganz richtig wiedergegeben worden. Unserer Finanzpflicht werden wir in vollem Umfang gerecht werden können. Meine Mitteilungen, die ich gestern im Haushaltsausschuß machte, haben sich nur auf die Ergebnisse des laufenden Jahres bezogen und ich muß auch hier sagen, daß diese Ergebnisse voraussichtlich ungünstig sein werden, daß der Reinertrag nicht so hoch sein wird, daß aus ihm die Zinsen werden gedeckt werden können. Zu bedenken gibt das aber keinen Anlaß, denn die Reserven unserer Eisenbahnverwaltung sind reichlich. Wir haben in den letzten Jahren besonders im Jahre 1917 bei den Eisenbahnen sehr günstig abgezeichnet. Durch diesen günstigen Abgang der letzten Jahre ist der rechnerische Betriebsfonds so außerordentlich angewachsen, daß er auch eine feste Grundlage für ungünstigere Jahre bilden kann. Die Eisenbahnverwaltung steht auf so festen Füßen, daß sie einen Rückschlag vertragen kann.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Seubert (Zentr.) über den Gesetzentwurf betr. die Zuschläge zur Einkommensteuer und machte Mitteilungen über die im Ausschuss erfolgten, in der Presse schon veröffentlichten Beratungen im Ausschuss. Der Berichterstatter stellte den Antrag, die Kammer wolle gemäß den Beschlüssen des Ausschusses dem neuen Gesetz zustimmen, mit der Aenderung, daß von den Einkommen von 2400 Mk. bis 4200 Mk. nur 5 Prozent, von denjenigen von 4200 Mk. bis 6000 Mk. 10 Prozent ufw. nach den Vorschlägen der Regierung erhoben werden und der Zuschlag bei Einkommen von 150 000 Mk. und darüber auf 65 Prozent festgesetzt wird. Der Berichterstatter begründete im folgenden die Resolution seiner Fraktion zum Kinderparagrafen und stellte den Antrag

dieser Resolution zuzustimmen und das Gesetz in der Fassung des Ausschusses anzunehmen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärte sich mit den von dem Ausschuss vorgenommenen Aenderungen einverstanden. Die Regierung sei bereit, dem nächsten ordentlichen Landtag wegen Aenderung bestehender Verbesserungsbedürftiger Bestimmungen der Einkommensteuer eine Vorlage zu unterbreiten. Sollte diese Maßnahme infolge der Kriegsverhältnisse auf Schwierigkeiten stoßen, so werde jedenfalls eine Verbesserung des Kinderparagrafen durchgeführt werden.

In der Aussprache über den Gesetzentwurf

Abg. Stodinger (Soz.)

darauf hin, daß diese neuen Steuervorlagen in eine Zeit kommen, wo das Volk schon außerordentlich schwer durch die neuen Reichsteuern belastet worden ist. Die Lebenshaltung der einzelnen Familien wird jetzt entscheidend beeinflusst von den Lasten, die der Krieg auferlegt. Die Steuerermäßigung der Reichsteuern besteht der großzügigen Gesichtspunkte; es ist kein bestimmter Steuerplan vorhanden. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß wenn man gezwungen ist, von Verbänden und Einkommen so hohe Beiträge zu erheben, das der Vorgesand einer Vermögenskonfiskation ist. In die Steuern des Reichs und in diejenigen der Bundesstaaten sollte ein einheitlicher Zug herabkommen. Jeder Tag, um den für uns der Krieg früher zu Ende geht, ist für uns ein Gewinn an Leben und lebendiger Kraft, aber auch ein finanzieller Gewinn, der auch eine Kriegsentwöhnung darstellt. Wir wissen wohl, daß es nicht an uns allein liegt. Das alte Europa hat jetzt durch Amerika die Besetzung erhalten. Unsere Vorlage ist nur ein Abglanz von dem großen ungeheuren Feld, das durch die ganze Welt geht. Wir hoffen aber, daß uns allen bald die befreiende Stunde schlägt.

Abg. Neuhaus (Zentr.): Der Vordränger hat an unseren Reichsteuern Kritik geübt. Wir müssen aber die Steuern nehmen, wo wir sie bekommen. Auch andere Länder machen das nicht anders. Ich schließe mich dem Vordränger in seinem Schlafkopfe an. Das letzte ist ein baldiger, ehrenvoller Friede.

Der Gesetzentwurf wurde hierauf einstimmig angenommen; die Resolution des Zentrums betr. den Kinderparagrafen fand ebenfalls einstimmige Annahme, ebenso der Gesetzentwurf betr. die Gemeinde-Einkommensteuer. Der Berichterstatter Abg. Seubert (Zentr.) beantragte zugleich, die Kammer sollte den Wunsch aussprechen, die Regierung möge prüfen, ob die Steuererlässe des Einkommensteuergesetzes samt den letzten zwei Zuschlägen nicht die Grundlage für die Gemeindebesteuerung geben soll. — Das Haus stimmte diesem Antrag zu.

Das Biersteuergesetz.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Dietrich (Natl.) über den Gesetzentwurf betr. die Biersteuer. Nach der neuen Reichsteuer wird Baden jährlich 18,3 Millionen an dem Reich abliefern müssen gegen 5,8 Millionen. Der Einführung der Fabriksteuer anstelle der bisherigen Maßsteuer bei der Ausschuss zugestimmt. Nach dem Regierungsvorschlag soll die Steuer am 1. Oktober 1918 in Kraft treten; der Haushaltsausschuß beschloß mit 8 gegen 5 Stimmen den 1. April 1919 als Tag des Inkrafttretens des neuen Gesetzes festzusetzen. Der Berichterstatter beantragte das Gesetz nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses anzunehmen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärte sich mit den von dem Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Aenderungen, die eine Verbesserung des Gesetzentwurfs darstellen, einverstanden erklären zu können; nur die Aenderung über den Tag des Inkrafttretens des Gesetzes kann ich nicht billigen, ebenso nicht die Vorschläge zu § 60, wonach für die Gemeindesteuer dieselben Grundstücke, wie für die Reichsteuer gelten sollten. Es wäre eine Unbilligkeit, wenn Wollweber und Einfachweber gleichgestellt werden sollten. Außerdem wäre es möglich, daß der Bundesrat Einspruch erheben würde. Die von dem Ausschuss gewünschte Verschärfung des Tags des Inkrafttretens des Gesetzes auf 1. April 1919 würde uns einen Einnahmeausfall von 1/2 Millionen bringen. Auf eine solche Summe können wir doch nicht verzichten. Ich hoffe, daß der Beschluß Ihres Ausschusses hier keine Mehrheit finden wird. Technische Schwierigkeiten zur Einführung des Gesetzes bestehen bei uns nicht. Die 1/2 Millionen Mark liegen geradezu auf der Straße und ich sehe nicht ein, warum wir auf sie, bei der Decks unserer Staatskasse, verzichten sollten.

Abg. Weichaupt (Zentr.): Der Ansicht des Herrn Finanzministers, die 1/2 Millionen liegen auf der Straße, muß ich widersprechen. Sie liegen in den Taschen des Volkes, das aber nicht begreifen kann, warum wir in Baden die Biersteuer ein halbes Jahr früher einführen als z. B. Württemberg. Nachdem der Trauben- und Obstwein so sehr in die Höhe gegangen ist, hätte man dafür sorgen sollen, daß das Bier nicht so hoch besteuert werde. Die hohe Steuer auf Weine ist wohl in dem Wert des Weines begründet, das so verdünnte Bier rechtfertigt aber eine so beträchtliche Besteuerung nicht. Die jetzige Maßsteuer ist für die Klein- und Mittelbrauerei eine bessere gewesen, als die nun zur Einführung kommende Fabriksteuer.

Abg. Gerbster (Natl.): In Friedenszeiten wäre ein solches Gesetz, in dem die Biersteuer auf das Vierfache erhöht wird, nicht möglich gewesen. Die im Ausschuss getroffenen Bestimmungen wollen einen Schutz der kleinen Brauer. Wir werden dem Gesetz mit seinen Aenderungen zustimmen, da es der Notwendigkeit entspricht, dem Vaterland neue Mittel flüssig zu machen.

Abg. Geiß (Soz.)

Wir haben der Hilfe, die den Kleinbrauereien gewährt werden sollte, unsere Zustimmung gegeben. Obgleich wir keine große Hoffnung haben, daß durch diese Hilfe das Kleinbrauergewerbe vor dem Ruin bewahrt wird. Wir haben in der Kommission einen Antrag eingebracht, der die Schadloshaltung der Arbeiter fordert, die bei Schließung von Betrieben arbeitslos werden. In einem weiteren Zusatzantrag verlangten wir eine besondere Berücksichtigung der auf gewerkschaftlicher Grundlage betriebenen Brauereien.

Das Bier ist schon seit 100 Jahren ein Steuerobjekt. Wir können aber nicht verstehen, daß nun wiederum das konsumierende Publikum belastet werden soll. Denn das Bier ist heute noch das einzige Genussmittel, das der breiten Masse des Volkes zur Verfügung steht; seine Hauptkonsumenten sind der Soldat und der Arbeiter. Dieses Genussmittel soll nun weiter verteuert werden. Dazu können wir unsere Zustimmung nicht geben. Auch mit dem Wein ist es so weit gekommen, daß infolge der Preistreiberien und der Besteuerung der Wein für den kleinen Mann unzulänglich geworden ist. Eine bessere Stimmung wird durch diese neuen Steuern im Volke nicht herbeigeführt; ist eine weis-

Staatsbürger 2. Klasse.

Karlsruhe, 22. August.

Man kann wirklich nicht sagen, daß es der Regierung gelungen ist, mit ihren Ausführungen in der „Karlsruher Zeitung“ ihre verfassungswidrige Haltung zu rechtfertigen und den Vorwurf, daß sie in den Zeiten sogenannter Neuorientierung in schlimmster Rückwärtserei macht, zu widerlegen. Daß ihr von seiten des „Badischen Beobachters“ Hilfe kommt, bejagt ja schon genug, es ist dies schon hinreichend Beweis, daß wir mit unserer Kennzeichnung der Regierungsmaßnahmen bezüglich der Volksschullehrerprüfung im Rechte waren. Der Unterrichtsminister ist in seinem Artikel nicht in der Lage, irgend einen neuen Gedanken zur Rechtfertigung seiner Haltung vorzubringen. Er klammert sich an den Buchstaben des Gesetzes. Ein bequemer Ausweg. Dabei trägt aber bereits das Fortbildungsgesetz den Zeitverhältnissen Rechnung durch die Bestimmung, daß für Fortbildungsschulpflichtige, die keiner staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft angehören und nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden können, ein besonderer Unterricht dann einzurichten ist, wenn die Zahl der zur Teilnahme verpflichteten Schüler dauernd mindestens 10 beträgt. Dieser Unterricht, der von Lehrern zu erteilen ist, soll in dem Rahmen der Lebenskunde gefaßt werden, wobei vorwiegend Sittenlehre zu behandeln ist. Außerdem bestreift § 35 Absatz 4 des Schulgesetzes die Diszidentenfürer von dem Besuch des Religionsunterrichts. Die gesetzlichen Voraussetzungen, daß kein staatsförmlicher Religionsgemeinschaft angehören braucht, besteht also. Nun haben sich die aus den konfessionellen Religionsgemeinschaften ausgeschiedenen Volksgenossen zusammengeschlossen zur Betätigung der freien positiven Religion und haben besondere Organisationen gegründet. Sie führen den Namen „Freireligiöse Gemeinden“. In Baden erhielten die „Freireligiösen Gemeinden“ Mannheim, Heidelberg und Pforzheim Korporationsrechte und das Recht der öffentlichen Gottesverehrung erteilt. Bei den Verwilligungen als anerkannte Religionsgemeinden wurde gleichzeitig ausgesprochen, daß die freireligiösen Gemeinden nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hätten, einen privaten Religionsunterricht einzuführen. Es ist ihnen nur das Recht nicht zuerkannt, innerhalb der Schulen den Religionsunterricht zu erteilen und hierfür Lehrer in Anspruch zu nehmen. Es blieb hingegen den Stadtverwaltungen unbenommen, die Vergütung an Lehrkräfte, welche freireligiösen Unterricht erteilen, auf städtische Kosten zu übernehmen. Aus diesen Darlegungen geht also hervor, daß sich die Regierung schon früher mit der Existenz freireligiöser Gemeinden abgefunden hatte. Darans folgt aber doch als selbstverständlich, daß wenn die Pflicht zur Erteilung eines besonderen privaten Religionsunterrichts auferlegt wird, auch Gelegenheit gegeben werden muß, hierfür die Lehrkräfte heranzubilden. Aber dies macht die Verordnung des Ministeriums des Unterrichts und des Kultus vom 22. Juli ds. Js. unmöglich, da dort ausschließlich nur solche Kandidaten zugelassen werden, welche die Befähigung für Erteilung des Religionsunterrichts staatlich anerkannter Religionsgemeinschaften erbringen. Darin liegt die schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Freireligiösen, die sonst direkt vom Lehrerberuf ausgeschlossen werden. Dieses Unrecht wirkt um so kränflicher, als die Freireligiösen während des Krieges ebenso wie alle anderen Staatsbürger ihre volle nationale Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllt haben. Die freireligiöse Gemeinde Mannheim weist z. B. bis zum Schluß des Jahres 1917 an gemeldeten Toten und Vermissten über 120 Angehörige bei einer Kopfgahl von 3500 auf. Mit welchem Recht will man sie also unter einem Ausnahmestempel behandeln? Würde der Unterrichtsminister konsequent seinen Rechtsstandpunkt verteidigen, dann müßte er auch erklären, daß, wenn die Freireligiösen keinen gesetzlichen Anspruch haben, Lehrer zu werden, sie also Staatsbürger milderer Rechts sind, sie deshalb auch von der Teilnahme an der Vaterlandsverteidigung zu befreien sind.

Das jetzt im 4. Kriegsjahre das Ministerium des Unterrichts zu diesem Vorgehen kam, beweist, daß es die Zeichen der Zeit nicht versteht. Noch bevor wir Krieg, mehr denn je bedürfen wir der Einigkeit der ganzen Nation und in solcher Zeit kommt eine Verordnung, die einen Teil der Bevölkerung zu Staatsbürgern zweiter Klasse macht. Ein solches Beginnen wird kein Verehrer der Gewissensfreiheit verstehen. Es bleibt die beantragte Bestimmung am Vorabend des Verfassungsjubiläums ein Schlag ins Gesicht gegenüber der verfassungsgemäß gegebenen Religions- und Gewissensfreiheit. Zu gegebener Zeit wird hierüber mit der Regierung Abrechnung zu halten sein.

Aus der Partei.

Sagsfeld, 22. Aug. Am kommenden Samstag, 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet im „Sirsich“ Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt. Es sind einige wichtige Angelegenheiten zu besprechen, weshalb das Erscheinen aller Parteigenossen erwünscht ist. Auch die Leser unseres Blattes sind freundlichst eingeladen.

Sprengung von Wahlrechtsversammlungen durch die Unabhängigen. In Elbing und Danzig haben die Unabhängigen unter Führung des zu diesem Zweck herbeigeleiteten Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann zwei Wahlversammlungen gesprengt, in denen Genosse Paul Sirich-Verlin über „Friede, Freiheit, Brot“ sprechen wollte. Dieser Versammlungsterror ist um so ungeheurer, als Adolf Hoffmann die Jurage erhielt, daß er unmittelbar nach dem Referat als erster Diskussionsredner zu Wort käme.

Baden.

Eine Rundgebung des Großherzogs. Zum heutigen Verfassungsjubiläum hat der Großherzog an das badische Volk eine Proklamation erlassen in welcher er dazu anweist, daß die in dem verlassenen Jahrhundert an das große Gesetzgebungswerk geknüpften Hoffnungen nicht enttäuscht haben. Die zur Mitarbeit berufenen Volkskräfte haben sich, so heißt es in der Proklamation, tüchtig gezeigt und kraftvoll entfaltet. Der badische Staat ist zu einer feierlichen Einheit, das badische Volk zu einem geschlossenen Ganzen von besonderer Eigenart geworden, die von mir und von jedem Badener hoch gewertet wird. In guten wie in schlimmen Tagen hat das Verfassungswerk sich bewährt als Grundfeste badischer Freiheit und Ordnung. Freudig haben Badens Fürst und Volk teilgenommen an der Neugestaltung des großen deutschen Vaterlandes. Dankbar hat Baden teilgenommen an den Segnungen des wunderbaren Aufstieges des deutschen Volkes. Die Proklamation erwähnt sodann im folgenden den dem deutschen Volke vor vier Jahren aufgezwungenen Krieg. Auch hier habe sich Badens Volk herrlich bewährt. Seine Söhne streiten und bluten heldenhaft für das deutsche Vaterland und die daheimgebliebenen Männer, Frauen und Kinder arbeiten und dulden für das von uns allen ersehnte Endziel: Sieg und Frieden! In diesen Tagen des Kampfes, des Leidens und des Härrens erkennen wir mehr denn je den Segen tiefgegründeter staatlicher Ordnung, festen Zusammenhaltens und uneräußerlichen Vertrauens zwischen Fürst und Volk. In dem Schlußabsatz der Proklamation dankt der Großherzog dem badischen Volk für alle Liebe und alles Vertrauen und betont, er erwidere diese Liebe und dieses Vertrauen von Herzen.

Ganzen von besonderer Eigenart geworden, die von mir und von jedem Badener hoch gewertet wird. In guten wie in schlimmen Tagen hat das Verfassungswerk sich bewährt als Grundfeste badischer Freiheit und Ordnung. Freudig haben Badens Fürst und Volk teilgenommen an der Neugestaltung des großen deutschen Vaterlandes. Dankbar hat Baden teilgenommen an den Segnungen des wunderbaren Aufstieges des deutschen Volkes. Die Proklamation erwähnt sodann im folgenden den dem deutschen Volke vor vier Jahren aufgezwungenen Krieg. Auch hier habe sich Badens Volk herrlich bewährt. Seine Söhne streiten und bluten heldenhaft für das deutsche Vaterland und die daheimgebliebenen Männer, Frauen und Kinder arbeiten und dulden für das von uns allen ersehnte Endziel: Sieg und Frieden! In diesen Tagen des Kampfes, des Leidens und des Härrens erkennen wir mehr denn je den Segen tiefgegründeter staatlicher Ordnung, festen Zusammenhaltens und uneräußerlichen Vertrauens zwischen Fürst und Volk. In dem Schlußabsatz der Proklamation dankt der Großherzog dem badischen Volk für alle Liebe und alles Vertrauen und betont, er erwidere diese Liebe und dieses Vertrauen von Herzen.

Pforzheim, 20. Aug. Am Montag wurde auf der Engstraße die 25jährige Korsettnäherin Steinel von Göppingen von ihrem früheren Verlobten, einem von Stuttgart zugereisten dortigen Straßenbahnkassierer namens Emil Gild nach kurzem Wortwechsel durch sechs Dolchstiche in Brust und Leib schwer verletzt. Der Täter wurde von rasch hinzugeeilten Passanten zu Boden geschlagen und verprügelt; er kam in Haft. Die Verletzte erhofft man am Leben zu erhalten.

Seidelberg, 20. Aug. Den Nachforschungen der Polizei ist es gelungen, die Täterin, welche in Sandshausheim aus Nahe 600 Bohnenstöße (nicht 300, wie zuerst gemeldet worden war) aus dem Boden gerissen hat, in der Person der Gärtnerstochter Margarethe Eschner zu ermitteln und zu verhaften.

Staufen, 21. Aug. In den vom Welken ausstrahlenden Tälern, besonders im Mühlental, hat zurzeit der Besuch von Dauergästen eine Höhe erreicht, wie kaum je im Frieden. Besonders stark sind Nord- und Mitteldeutschland vertreten. An Samstagen und Sonntagen ist es für Wanderer fast unmöglich, ein Nachtquartier zu erhalten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 22. August.

Arbeiter-Jugend. Heute abend Spaziergang und Spiele. Treffpunkt: Linkenheimer Tor.

Wegen Betriebsstörung am heutigen Morgen mußten verschiedene Einwendungen und Berichte, u. a. auch der Bericht über die Parteiverammlung von gestern Abend auf morgen zurückgestellt werden.

Ein weiblicher Doktor. Im Deutschen Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe hat Fräulein E. Eichenstein eine Arbeit von großer Bedeutung für die Ersatzstoff-Industrie ausgeführt. Auf Grund dieser wurde sie zum Doktor magna cum laude promoviert.

Zur Kleiderabgabe. Die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, Ortsausschuß Karlsruhe, hat an die Kommunalverbände Karlsruhe Stadt und Land und Durlach eine Eingabe über die Sammlung tragbarer Oberbekleidung gemacht. Es wird darin darauf hingewiesen, daß gerade der Kaufmann auf eine gute Kleidung Wert legen muß. Es wird in der Eingabe bei der Sammlung tragbarer Oberbekleidung eine Rücksichtnahme auf die Einkommensverhältnisse gefordert und dann folgendes dargelegt: „Wir bitten, Angestellte mit einem Einkommen bis zur Gehaltsgrenze der Angestelltenversicherung von der Kleiderabgabe überhaupt zu befreien und darüber hinaus die Kinderzahl zu berücksichtigen. Da die Heraushebung der Gehaltsgrenze von 5000 auf 7000 M. zu erwarten ist, bitten wir, gleich die Grenze der Abgabepflicht auf 7000 M. festzusetzen. Wir möchten dazu noch bemerken, daß der Reichstag beschlossen hat, die Pétition Nr. 6251 (der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände) betr. Befreiung der Angestellten mit einem Einkommen bis zu 7000 M. von Kleiderabgabe, Berücksichtigung der Kinderzahl und Heraushebung des Höchstmaßes an Männerkleidung dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen. In gleicher Weise bitten wir die zu unserem Stande gehörenden Kriegsteilnehmer zu behandeln.“

Munitionsarbeiterinnen im Schutze der Volkssfürsorge. Die Arbeit in den Munitionsfabriken setzt Männer und Frauen ständlicher Todesgefahr aus. Wer deshalb solche Arbeit annimmt, muß, wenn er Familie hat, Vorkehrungen treffen, daß bei einem eintretenden Unglücksfall seine Angehörigen nicht ohne finanzielle Hilfe bleiben. Das befolgte die 25jährige Fabrikarbeiterin A. R. in Neumarkt in der Oberpfalz. Sie versicherte sich am 1. November 1917 nach Tarif II bei einer Halbmögensprämie von 1 M. Am 27. Mai 1918 erlitt die Versicherte in einer Munitionsfabrik durch Pflegen einer mit Pulver gefüllten Granate derartige schwere Verbrennungen und Verletzungen an Brust, Bauch und Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Ihre Angehörigen erhielten darauf 302 M. Versicherungssumme ausgezahlt; an Prämien waren für acht Monate 16 M. eingezahlt worden. — Anträge zur Aufnahme in die „Volkssfürsorge“ werden jederzeit dem Rechnungsführer G. Bongrat, Bernhardtstraße 8, sowie von den Vertrauensmännern entgegengenommen.

Gestorben ist an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich im Dienste des Vaterlandes zugezogen hat, Oberarzt d. R. beim Untersuchungsamt des 14. Armeekorps, Dr. Franz Egler, Professor am städtischen Krankenhaus hier. Die Verdrigung des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Arztes fand gestern mittig in Bräunlingen statt.

Vereinsanzeiger.

Sagsfeld. (Sozialdemokratischer Verein.) Kommenden Samstag abends 7 1/2 Uhr, im „Sirsich“ Parteiverammlung. Wichtiger Besprechungen halber ist es Pflicht aller Parteigenossen zu erscheinen. Anhänger unserer Sache sind ebenfalls eingeladen. 4550

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Winter, für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Kaiserstraße 24.

...ere Belastung trägt zur Verühigung nicht bei. Die indirekten Steuern sind die unpopulärsten und unförmlichsten, die es gibt, weil sie sich nicht nach der Steuerkraft und Leistungsfähigkeit des Einzelnen richten. Man hat allen Anlaß, die Stimmung des Volkes nicht noch mehr zu erbittern.

Neben den Konsumenten haben dann noch die Wirte und Flaschenbiergeschäfte schwer unter dieser Belastung zu tragen. Infolge Kriegergefahr wird die Sitzung hier abgebrochen. Fortsetzung der Beratung nachmittags 4 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

In der nachmittags fortgesetzten Beratung des Biersteuer-gesetzes führte

Abg. Geis (Soz.) noch aus: Wein kostet heute 250 M. das Viertel, wer kann da in den minderbemittelten Kreisen noch ein Gläschen trinken. Höchstpreise für Wein wären dringend zu wünschen. Unter den hohen Preisen, auch den wieder in Aussicht stehenden Bierpreis-erhöhungen, leidet ein großer Teil der Wirte und stellt sich in seiner Existenz bedroht. An Speisen wird heute nur noch wenig bedient; will der Wirt seine Gäste einigermaßen zufrieden stellen, so muß er Lebensmittel im Schlechwege erwerben, die natürlich sehr teuer sind. Besonders schwer zu kämpfen haben die Ehefrauen derjenigen Wirte, die im Felde stehen. Konsumenten und Interessenten leiden somit gleichermaßen unter der neuen Steuer, der wir Sozialdemokraten nicht zustimmen können, auch schon aus dem Grunde, weil wir alle indirekten Steuern verurteilen. Im Ausschuß haben wir uns der Abstimmung über den Tag der Einführung des Gesetzes (1. Okt. 1918 oder 1. April 1919) enthalten; wir werden jetzt aber für das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April 1919 stimmen. Der in Aussicht gestellte Bieraufschlag im Herbst ds. Js. sollte hinten gestellt werden.

Abg. Massa (F. V.) betont, es sei nicht nötig, daß wir dem Wunsch Berlins entsprechen und dem Reich 1 1/2 Millionen schenken. Den Städten sollte man den vollen Betrag lassen, ungeachtet, ob es sich um Voll- oder Einfaßbier handelt.

Abg. Wanschbach (N. Bgg.) spricht sich für das Gesetz, Abg. Geis (Unabh. Soz.) dagegen aus. — Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Dem sozialdemokratischen Antrag betr. die Gewährung des Hausstrunks in Bier an die Arbeiter könnten wir an sich zustimmen. Einen gesetzlichen Zwang auszuüben auf solchen Arbeitern gegenüber, die kein Bier wollen, sondern das Geld, geht jedoch nicht an. Solche Einzelheiten sollte man nicht in das Gesetz aufnehmen.

Nach weiteren Ausführungen des Berichterstatters Abg. Dietrich (Nat.), des Finanzministers und des Abg. Stodinger (Soz.) wird in die Einzelberatung des Gesetzes eingetreten.

Abg. Stodinger (Soz.)

regündet den Antrag seiner Fraktion, wonach in § 4 Abs. 2 der letzte Satz lauten soll: das Finanzministerium ist befugt, den Bürgergeld der drei Bierarten „während der Kriegsdauer“ anders zu bestimmen. Merkwürdig muß berühren, in welcher Weise dieser Antrag im Hause behandelt worden ist; er wurde von anderen Parteien abgelehnt, bevor wir ihn nur begünstigt haben. Das entspricht doch nicht der bisherigen parlamentarischen Übung. Finanzminister Dr. Meinholt: Ich muß mich gegen den sozialdemokratischen Antrag wenden, er enthält ein Mißtrauen gegen die Regierung.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Die Beschlüsse des Abg. Stodinger über die Behandlung seines Antrages sind unbegründet. — Abg. Rehnmann (Nat.): Die Kritik, die der Abg. Stodinger an die Behandlung seines Antrages knüpfte, widerspricht durchaus dem Sinne unserer Arbeiten. Wir haben in den Ausschüssen das Gesetz eingehend beraten; bei dem nachträglich eingebrachten sozialdemokratischen Antrag kam ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Form agitatorischen Charakters in dem Antrag liegt. — Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Bei Absatz 3 des § 4 lag ein Antrag der Abg. Dietrich (Nat.), Weishaupt (Zentr.) und Herberich (Nat.) redaktioneller Natur vor, der mit Mehrheit angenommen wurde.

Abg. Stodinger (Soz.)

begründete einen Antrag seiner Fraktion über die den Brauereiarbeitern zustehende Menge an Hausstrunk und weiterhin dahingehend, daß das an die Brauereiarbeiter abzugebende Bier einen Stammwürzgehalt von 10 Prozent besitzen muß.

Abg. Hartmann (Zentr.) bemerkt, die tarifliche Festlegung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern darf durch das Gesetz nicht aufgehoben werden. Dem ersten Teil des Antrages könnte ich bei einer getrennten Abstimmung zustimmen. — Abg. Dr. Wirth (Zentr.) Die Ansicht ist falsch, daß wir jeder Anregung von sozialdemokratischer Seite widerstreben. — Abg. Rehnmann (Nat.): Der sozialdemokratische Antrag ist derzeit minutiös, daß er in das Gesetz nicht hineinkommt. Der Abg. Stodinger hat sich dagegen verwehrt, daß seine Anträge agitatorischen Charakter haben. Er hat aber im selben Augenblick das Wort vom Dreiklassenbier geprägt; das ist doch agitatorisch bis aufs äußerste.

Finanzminister Dr. Meinholt wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, desgleichen Abg. Weishaupt (Zentr.). — Es folgte eine weitere Aussprache über den vom Abg. Stodinger (Soz.) neu geänderten Antrag, in welchem der letzte Satz über den Stammwürzgehalt des Hausstrunks gestrichen ist.

Finanzminister Dr. Meinholt: Es scheint ein Mißverständnis zu bestehen; das Gesetz will nur festgesetzt wissen, wieviel Bier steuerfrei bleiben darf, nicht aber welche Mengen Hausstrunk an die Arbeiter gegeben werden. — Der Antrag Stodinger (in der abgeänderten Form) wird abgelehnt. Alle übrigen Gesetzesparagrafen werden (zum Teil mit unwesentlichen Veränderungen) angenommen. — Abg. Wittemann (Zentr.) tritt dafür ein, den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes auf 1. Oktober 1918 zu belassen. — Bei der Abstimmung findet der Antrag des Ausschusses; „Das Gesetz tritt am 1. April 1919 in Kraft“ mit Mehrheit Annahme. Das ganze Gesetz wird mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten angenommen. Eine Petition der Bierbrauer wird für erledigt erklärt.

Danach berichtet Abg. Köhler (Zentr.) über die Regierungsdenkschrift betr. das Sonderrecht Badens in dem Reichsgesetz über das Branntweinmonopol. Das Vorgehen der Regierung findet die Billigung der Kammer.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.

Stärke

- Leib - Hauswäsche

besorgt fortwährend 4089
(jetzt wieder mit kurzer Lieferfrist)
Dampfwaschanstalt Schorpp
Fernsprecher 725
Versand nach auswärts unt. Nachnahme.

Annahmestellen:
Karlsruhe: Kaiser-Allee 37
(Anstalt), Rheinstr. 18, Gabelsbergerstr. 1, Schillerstr. 32, Kaiserstr. 34, 94, 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Jollystr. 1 (Hirschbrücke), Wilhelmstr. 32, Ludwig-Wilhelmstr. 5, Gerwigstrasse 46;
Durlach: Hauptstrasse 15;
Rastatt: Poststrasse 6;
Bruchsal: Wörthstrasse 6;
B.-Baden: Langstrasse 33,

Neueste Kriegskarte.

Allgemeine Frontkarte des W.T.G., Ausgabe 1918
umfassend die Fronten Neuport (Nordsee) bis Belfort, Gardasee, Trieste (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgezogen waren, sowie die im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie), und Kleinasien. Diese Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch eine kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzusehen.
Der Preis von Mf. 1.— ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.)
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Gammel- und Helferdienst, Ortsausflug Karlsruhe.

Ausstellung

Erzeugnisse von Altmaterialien.

:: Schülerpreise für Sammeltätigkeit. ::
Kaiserstraße 229. Eingang Hirschstraße.
Werttag geöffnet von 9 1/2 bis 12 1/2 und 3 bis 7 Uhr.
Eintritt frei. 4540

Die Wirtschaft „zum Pfälzer Hof“ in Karlsruhe ist an geeignete Leute, der Mann mit etwas Nebenberuf, auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres durch 4528 H. Brink, Brauerei 4528 Karlsruhe.

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Puppenperücken usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig. **Karl Nösch, Friseur** Amc bei Durlach. 4387

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Zeitverkaufsstellen Nr. 188 bis 204 einschl. von Donnerstag, den 22. bis Samstag, den 24. August 1918 einschl. an die eingetragene Kundenschaft gegen die Lebensmittelkarte J. Nr. 92. Stoffmenge 1/4 Pfund; Preis Mf. 1.— für das Pfund.
Karlsruhe, den 21. August 1918. 4544
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 22. August, abends 7/8 Uhr 4545

Die Rose von Stambul.

Dehndgras-Versteigerung.

Montag, den 26. August 1918 wird das Dehndgras der Städtischen- und Hafensanierungsämter öffentlich versteigert. Zusammenkunft: Morgens 8 Uhr am Hafeneingang (Altebrücke). Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, die nachweisen, daß sie in der Gemeinde Karlsruhe wohnen und Steuerzahler sind.
4534
Städtisches Hafenam.

Arbeiter und Arbeiterinnen

werden in größerer Anzahl eingestellt.
Karlsruhe-Rheinhafen
Hafenstraße 20. 4539

Obst-Verteilung

Donnerstag, den 22. August 1918
in den Verkaufsgeschäften Nr. 132 bis 157
1 Pfund Rospfmenge gegen die Obstmarke Nr. 2.
Karlsruhe, den 21. August 1918. 4548
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gesangverein Badenia (E. V.).



Wir setzen unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen aktiven Mitgliedes
Herrn **Wilhelm Henning**
gezielt in Kenntnis.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags um 1/2 Uhr statt.
Um zahlreiche Beteiligung, hauptsächlich der Herren Sänger, wird gebeten.
4546
Der Vorstand.

Biblische Spiele in Detigheim.

Der Friede.

Paradies und Brudermord.

Drama von Sebastian Wieser.
Spieltage:
25. August, 8., 15., 22., 29. September, 6. Oktober.
Beginn des Spiels 1/3 Uhr nachmittags.
Preise der Plätze: Unnumeriert 80 Pfg., nummerierte Plätze zu 1.— Mk., 1.50 Mk., 2.— Mk., 3.— Mk., 4.— Mk.
Vorverkauf: In Rastatt in der Geschäftsstelle der Rastatter Zeitung und Buchhandlung A. Eger. — In Baden-Baden in der Badischen Volkszeitung und Buchhandlung Pet. Weber. — In Karlsruhe im Kiosk (am Hotel Germania). — In Detigheim im Theaterbüro, Telefon 61, Amt Rastatt. 4547

Angesichtsverfahren.

Herr Johann Hartmann, Baugemeister, und dessen Ehefrau Charlotte geb. Wrenz hier haben den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Lit. D Nr. 2181 mit einer Einlage von 1978 Mf. 70 Pfg. für kraftlos zu erklären.
Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats von der erfolgten Eintragung an gerichtet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird.
4541
Karlsruhe, den 19. Aug. 1918.
Städtisches Sparkassenamt.

Eisendreher

Hilfsarbeiter

Frauen für Maschinenarbeit

sofort gesucht.
Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.
8766 Karlsruhe, Augartenstraße 51.

Malerarbeiten!

Maler-, Anstreicher- und Zimmerarbeiten werden prompt ausgeführt vom Malergeschäft **Werderstr. 83** oder **Schützenstr. 18.** 3779

Städt. Badanstalt (Vierordbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtensadel-Salz (Rappenaauer oder Staassfurter).
Mutterlange u. Schwefel (Thiopinol)-Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 7-1 Uhr vorm. und 3-8 1/2 Uhr nachm.
Samstags bis 9 1/4 Uhr.
Sonntags geschlossen.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2133

Wie kann man mit wenig Einnachzucker auskommen!

Dieses wichtige Hausfrauen- und Wirtschaftsprobleme beim gegenwärtigen empfindlichen Zuckermangel findet seine Lösung durch Frau Amstutz Rose Stolle's beliebtes Einnachbuch:
Das Einnachen der Früchte u. Gemüse
sowie die Bereitung von Fruchtlikören, Gelees, Marmeladen, Obstweinen, Essig usw. nach neuesten Grundrissen, vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonner, leicht durch 320 Einnach-Rezepte wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Vermeidung des derzeitigen Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einnachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratsschläge zur billigen und einfachen Selbstbereitung von haltbarem Obst- u. Brotauffrisch.
Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reich illustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits
65 000 Exemplare in 14 Auflagen
verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur **1.20 Mf.** Nach auswärts 15 Pfg. Porto.
Zu haben auf der
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24, Tel. 128.

Pflanzet Gemüse!!

Eine Aufforderung und Anleitung zum Gemüsebau von G. Thiem, Großh. Obstbaulehrer an der Landwirtschaftsschule Augustenbergr.
Ein in der jetzigen Zeit des Kleingemüsebaus sehr empfehlenswertes Werkchen. Preis 60 Pfg. Nach auswärts 5 Pfg. Porto.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehausgebote. Friedrich Kiefer von hier, Stadtbaur in Gernsbach, mit Martha Gräff von hier. Georg Krieg von Rastatt, Schlosser hier, mit Maria Buroggio von Mannheim. Friedrich Wölfe von Emmendingen, Verwaltungsaktuar hier, mit Emma Wiffinger von hier. Karl Gumbler von Eßlingen, Schlosser hier, mit Emma Gumbler, geb. Hertweck von Lu. a. Rh. Erich Richterstein von Berlin, Schriftfeger in Berlin, mit Anna Jppich von Dordingen. Josef Ochs von Bittersbach, Schlosser hier, mit Martha Müdel, geb. Fränzel von Leipzig-Gohlis.
Gehelichungen. Wilhelm Neutlinger von hier, Bahnarbeiter hier, mit Rosa Würzburger von Göppingen. Emil Jenne von Freiburg, Friseur hier, mit Ida Dafferner, Witwe, von Destrungen. Heinrich Damm von Mannheim, Maschinenflosser in Basel, mit Luise Schüle von hier. Josef Hübler von hier, Mechaniker auf Helgoland, mit Luise Mayer von hier. Arthur Müller von Markersdorf, Kaufmann hier, mit Ella Esen von hier. Emil Ebele von Untergrombach, Seiger in Wilhelmshafen, mit Philippine Schiefer von hier. Karl Hader von Eimbach, Aufseher in Strachburg, mit Emma Siebert, geb. Weib, von Brudthal. Alfred Niedhammer von Rastatt, Versicherungsbeamter hier, mit Anna Nele von Regensburg. Heinrich Kunz von hier, Oberlechner hier, mit Paula Fester von hier. Wilhelm Dinkelacker von Eßlingen, Kutser hier, mit Luise Gehl von Bingen. Josef Ernst von Niederrühl, Bureauhilfe hier, mit Maria Ulrich von Freiburg i. B.
Geburten. Ewald, V. Stefan Jost, Schmied. Edeltrude Sieglinde Bermine, V. Hans Herrmann, Gärtner. Jrmgard, V. Karl Amann, Profurist.
Todesfälle. Ludwig Rappelle, Privatmann und Stadtrat, 61 Jahre alt. Emma Nauch, 80 Jahre alt, Ehefrau von Adolf Nauch, Schlosser. Stefani Neutlinger, 72 Jahre alt, Witwe von Bernhard Neutlinger, Metzger. Anna Gageur, 86 J. alt, Witwe von Arthur Gageur, Hofmeister. Oskar Burm, Labormant, 16 Jahre alt. Karl Kreitzer, Hoftheaterdiener, 69 Jahre alt. Marie Huber, 57 Jahre alt, Ehefrau von Jakob Huber, Maurer. Erwin, 9 Jahre alt, V. Frz. Nordt, Schuhmachermeister. Katharina Schuder, 61 Jahre alt, Witwe von Maximilian Schuder, Rechnungsführer. Franz Lauer, Steuerberaufseher, 66 Jahre alt. Walter, 1 Monat 18 Tage alt, V. Herrn. Baib, Metzger.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten: Gertrud Franziska, V. Eugen Raier, Hilfsarbeiter. Sigmund Günter Otto, V. Gustav Meier, Schlosser. Anna Elisabeth, V. Wilhelm Kurt von Ved. Landwirt, derzeit Offizierstellvertreter bei Train-Gr.-Abt. 14 hier.
Eheschließungen: August Heinrich Paul Meier, Schlosser und Hilfsarbeiterin Rosa Luise Kaufn.
Sterbefälle: Hilda Gertrud Jung 11 M. alt, V. Christof Ludwig Wilhelm Jung, Fabrikarbeiter. Hermann Heilia, ledig, Marmorhelfer, 17 J. alt. August Conrad Jtte, ledig, Monteur, Mejerwitz, 29 J. alt. Anna Maria Magdalena Neefstein geb. Schmitt, Ehefrau des Regierungsbauamteisters Alfred Ludwig Neefstein, 39 J. alt. Magdalena Dammler geb. Weidmeyer, Witwe des Badofenbauamteisters Jakob Leonhard Dammier, 56 J. alt.

No. 1

Das hat...
Verfassung...
Die staatsl...
von P...
der Schloß...
den feierlich...
Den M...
turgenö...
Ehungs...
gab sich der...
der Stadt...
Die Mitglie...
ten, jedw...
herzogin Lu...
Beim L...
hoch auf de...
auf die Gro...
Der Präsi...
hielt jedann...
Durchs...
die beiden...
feiern, daß...
schen Lande...
sch eins mit

Staatsm...
hinter dem...
an abscheu...
Die Bälter...
Die große...
heit, Gleich...
derjenige...
tung gab all...
und ihren...
es nicht an...
tan wollten...
Aber G...
daß die W...
schließen...
Volles durch...
ten. Es ist...
ins Gedächtn...
mer dem G...
Wdresse der...
„Unje...
richtig sein...
heit und...
Klassen in...
dem Welt...
als unger...
In der R...
sah der G...
vos dem G...
In diese...
ausgestellt...
hendes bleib...
achtung von

zu haben, di...
das Ganze...
Diese G...
Widerfrei...
kannt, da de...
selnen, ganz...
des Vaterlan...
bigkeit; und...
rungen, die...
genen Ge...
süßeri zu ha...
Prophete d...
ben, Zeite...
nach äußere...
nerer Fre...
neuem das...
der Opferge...
nen wir au...
der Staat ge...

wenn der D...
sch bejaht...
Ich glau...
auf die hum...
hinweisen a...
Staatsautori...
mbar sind...
nach in Per...
Die gut...